

U.I.O.G.D.

Auf daß in Allem Gott verherrlicht werde!

St. Peters Bote

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung

22. Jahrgang. No. 20

Minster, Sask., Donnerstag, den 25. Juni 1925

Fortlaufende No. 1112

ORA ET LABORA

Bete und Arbeit!

Welt-Rundschau.

Nachträgliches über die Waffenkontrollen in Genf.

Die internationale Konferenz, die zwecks der Kontrollierung des Waffenhandels in Genf verammelt war, schloß am 18. Juni. Sie hatte fast sieben Wochen gedauert. Von den etwa 40 daselbst vertretenen Nationen zeichneten 18 noch vor Schluß der Konferenz den Vertrag über den Waffenhandel. Die übrigen Vertreter wollen zuerst mit ihren Regierungen beraten, bevor sie ihre Unterschrift unter das Protokoll setzen. Ohne Zweifel werden sich die meisten Völker anschließen. Einzelne Bedenken entstehen mehr oder weniger Unterdrückung. So wurde das Protokoll, das Verwendung von Giftgas und Bakterien im Kriege verbietet, so gleich von 27 Ländern unterzeichnet. Mit Ausnahme von Frankreich, dessen Vertreter Boncour so rührend gegen die Schrecken des Gaskrieges gesprochen hatte, billigten alle Großmächte diesen Beschluß. Es wurde jedoch angekündigt, daß Frankreich später zögern werde. Ueberhaupt ist die von den Vertretern gegebene Unterdrückung noch nicht entscheidend. So wohl der allgemeine Vertrag als auch die einzelnen Beschlüsse bedürfen noch der Ratifizierung der verschiedenen Länder. Der Waffenvertrag soll nach Genehmigung durch 14 Staaten in Kraft treten.

Aus dem interessanten Material, das von der Konferenz verhandelt wurde und worüber an dieser Stelle noch nicht berichtet wurde, sei noch einiges hervorgehoben.

Das Verbot der Verwendung von Bakterien oder Krankheitsbazillen als Kriegswaffe wurde zuerst von dem polnischen Vertreter Sosnowski befürwortet. Er war der Ansicht, daß ein solcher Krieg in Zukunft möglich wäre. Ob in der Vergangenheit ähnliche Mittel verwendet wurden und ob sie im besonderen im Weltkrieg Verwendung fanden, sagte er nicht. Höchst wahrscheinlich gibt es aus den Zeiten barbarischer Kriegführung, wo noch keinerlei internationale Recht über die Art derselben existierte, manche Versuche, beim Rückzug vor dem einrückenden Feinde das Wasser zu vergiften, um es so für die feindlichen Heere unbrauchbar zu machen oder durch den Genuß des selben Krankheit und Tod unter ihnen zu verbreiten. Solchen Versuchen verdanken wir ohne Zweifel den Ausdruck „Brunnenvergiftung“. Von Uebertragung von Krankheiten durch Bakterien oder Bazillen wußte die damalige Wissenschaft wenig oder nichts, diese Wissenschaft ist neueren Datums.

Es ist bekannt, daß die läugerliche Kriegspropaganda dem deutschen Heere nebst unzähligen anderen Schandtaten auch diese in die Schuhe schob. Ob die Deutschen ihre Feinde ähnlicher Verbrechen beschuldigten oder nicht, läßt sich nicht so bestimmt behaupten, da schon bald nach Beginn des Krieges alle Literatur der Mittelmächte von dem amerikanischen Kontinente abgeschnitten war. Verdacht hegen sie jedenfalls. Dieser läßt sich schon nach der in dem Sprichwort enthaltenen Wahrheit erklären: „Man sucht keinen hinter dem Dien, wenn man nicht selbst zuvor dort war.“ Die Verleumdung Deutschlands in dieser Sache bewies wenigstens das eine, daß man in Alliiertenkreisen mit der Idee bekannt war. Wahrscheinlich entdeckten die Deutschen aber auch verdächtige Symp-

ptome, die jedoch nicht notwendigerweise einen verbrecherischen Ursprung haben mußten. So ist es bekannt, daß deutsche und österreichisch-ungarische Regimenter, die der zurückgehenden russischen Armee auf dem Zuge folgten, kein Wasser trinken durften, bevor es einer genauen chemischen Untersuchung unterzogen war, und daß sie infolge des Resultates der Untersuchung manchmal mehrere Tage kein frisches Wasser bekommen.

Der rührige Burton von Amerika machte am 13. Mai den Vorschlag, daß alle Waffen produzierenden Staaten verpflichtet sein sollten, statistische Angaben über ihre Produktion zu veröffentlichen. Nachdem die Wichtigkeit dieses Vorschlages den Vertretern klar wurde, nahmen sie ihn mit großem Beifall auf. Man kann jedoch aus den Zeitungsnachrichten nicht entnehmen, ob es in dieser Sache zu irgendeinem Beschlusse kam. Wie es scheint, wurde dieser Punkt nicht weiter verfolgt und zu keinem Ende geführt.

Diese Ansicht scheint durch die Opposition bestätigt zu werden, welche am 21. Mai gemachter Vorschlag fand. Nach diesem sollten Länder, die keine Kriegsmunition herstellen, Angaben über ihre Veranoftung veröffentlichen. Das würde gemeint die kleineren Staaten betreffen. Zugleich leitete gegen diesen Vorschlag einen heftigen Angriff ein, eben weil er den großen Nationen zu ungunsten der kleineren Vorteile verschaffen würde. Der Streit hierüber wurde so heftig, daß man ein Scheitern der Konferenz zu fürchten begann. Zu einem definitiven Beschlusse scheint es auch hier nicht gekommen zu sein.

Burton, der auch bei anderen Gelegenheiten die aufrichtigste Friedensliebe der Ver. Staaten betonte, trat bescheiden und zurückhaltend auf, indem er den opponierenden Kleinen einen milden und väterlichen Beweis erteilte. Er mahnte zum Vertrauen auf Wahrung des Friedens anstelle der Kriegsfurcht, welche diese befürwortete. Aber gerade diese kleinen Staaten mußten von den drohenden Kriegsjahren mehr als Burton. Sie sitzen mitten im europäischen und speziell im holländischen Sturzflut, wo es jedem zu eng ist, während Amerika weit über dem Ozean in seiner ungetörten Isolation herrscht. Burton's Rede hat also einen einen überzeugenden Eindruck gemacht.

Nach einem weiteren Vorschlag brachte Burton ein, welcher dem besonderen Verhältnis Amerikas zum Völkerbunde entfiel. Er verlangte nämlich, daß der einzugebende Waffenvertrag gänzlich vom Völkerbunde getrennt werden müsse; das Amt der Waffenkontrolle müsse von den Zeichnern des Vertrages selbst und nicht vom Völkerbunde ernannt werden, weil die Ver. Staaten nicht zum Völkerbunde gehörten. Dieser Vorschlag fand unter den meisten Vertretern ganz entsprechende Widerstände und das Lob des Völkerbundes wurde in allen Tonarten geäußert. Aber Burton blieb unbeugsam.

Durch diese Debatte wurde in verstreuter Weise abermals die Frage des Eintrittes der Ver. Staaten in den Völkerbund verhandelt. Seit Jahr und Tag bemühen sich die im Völkerbunde führenden Nationen Europas, die in der Konferenz beschlossene Ver. Staaten zum Eintritte in denselben zu bewegen. Zu diesem Zwecke wurde seit den Tagen von Versailles in Amerika eine gewaltige Propaganda

unterhalten, welche auch die Unterstützung vieler einflussreichen Amerikaner fand. Aber bis jetzt hat sich das amerikanische Volk absolut ablehnend verhalten. Auch die wiederholten Versuche, die Ver. Staaten durch eine Sinterüre, z. B. durch einen Weltgerichtshof, in den Völkerbund hineinzuladen oder hineinzuschmuggeln, mißlang bisher. Ein dem Völkerbunde unterstelltes Waffenkontrollamt, das Autorität über die zugehörigen Nationen ausüben würde, wäre ein ähnlicher Versuch in kleinerem Maßstabe. Darum der Widerstand Burtons.

Es muß für die Alliierten wirklich bitter sein, daß die Ver. Staaten sich so beharrlich weigern, sich im Völkerbunde ihrer Gesellschaft anzuschließen, zumal der Amerikaner Wilson der Urheber desselben ist. Nicht daß Wilson diesen Völkerbund wollte. Er wollte ihn ebenso wenig, wie die anderen den feigen wollten. Aber die anderen waren schlauer als er. Sie verhandelten mit ihm über den Wilson'schen Völkerbund, unterzeichneten aber nach der Verhandlung den alliierten Völkerbund, der mit jenem nicht mehr Ähnlichkeit hat als ein falsches Goldstück mit einem echten. Wilson, der sich in den bedürftigen Stunden verkannt hatte, durch seinen Völkerbund der Weltlächer zu werden, benutzte den Unterdruck nicht und Clemenceau und seine Genossen jubelten über ihren Sieg. So haben also die Alliierten ihren Völkerbund, aber das unentbehrliche Glied in demselben, Amerika, können sie nicht einbringen.

Wie bei einem anderen Beschlusse, mußten sich die Vertreter von Genf auch in diesem Punkte — wenigstens scheinbar — dem Willen Amerikas beugen. Unnachgiebigkeit hätte jedenfalls Burton zur Absicht veranlaßt und die Konferenz wäre ein aussichtsloses Nisbo geworden. Da keine Partei der anderen wirklich nachgeben wollte, fand die Konferenz einen wahrhaft salomonischen Ausweg. Sie beschloß nämlich, die Idee eines Zentralamtes für Waffenkontrolle überhaupt fallen zu lassen; jede Regierung solle die Veröffentlichung der statistischen Angaben über Veranoftung selbst leiten. Jetzt sind beide Seiten befriedigt — oder vielmehr keine. Beide haben abgesehen: Burton verbündete sich unter dem Völkerbunde stehendes Kontrollamt; die anderen vermeiden ein unabhängiges Kontrollamt. Ingleich verloren aber auch beide, da keine Seite bekam, was sie eigentlich wollte. Die Hauptbedingung für beide liegt nun darin, daß der andere auch nicht zufrieden ist. Es wäre aus dieser ganzen Waffenkontrolle, auch wenn das Amt offiziell dem Völkerbunde unterliegen würde, gewiß nicht viel herausgekommen. Jetzt, wo jede Nation für sich allein in der Sache vorangeht, wird noch viel weniger herauskommen.

Wie schon früher einmal bemerkt, ist Rußland abermals das Schmerzenskind. Es hat sich im vorhinigen geneigert, die Konferenz zu beschicken, es hat außerdem deutlich ausgesprochen, daß es mit dem Völkerbunde überhaupt nichts zu tun haben wolle. Alle im Süden, Westen und Norden an Rußland grenzenden Staaten aber haben eine heillose Furcht vor diesem kolossalen Staatsgebilde, das zudem durch seine kommunikativen Untertiege überall seine unheimliche Hand zeigt. Rußland könnte sich nun nichts Besseres wünschen, als durch die in der Konferenz beschlossene Veröffentlichung über Veranoftung über die Kriegsbereitschaft dieser Völker

(Fortsetzung auf Seite 4.)

THE ELECTION IN SASKATOON

Bro. Dr. J. T. M. Anderson, who stands for One School, returned

The following questionnaire was submitted to each and all of the five candidates seeking the support of the electorate in the City of Saskatoon at the Provincial election on June 2nd:—

1. Do you believe in a non-sectarian Public School system in the Province of Saskatchewan, which shall be the only school system to receive aid from the public treasury.

2. Do you believe that the English language should be the only official language in the Province of Saskatchewan, and the compulsory teaching of the English language in all its schools?

3. If you are returned as a member of the Legislature of the Province of Saskatchewan, will you lend your support and influence therein in the furtherance of these objects?

The questionnaire was sent to the candidates prior to the election on behalf of the local Orange lodges, with the following result, according to a communication sent out to the L. O. L. and L. O. E. A. lodges under date of May 29th:—

Brother Dr. J. T. M. Anderson and Mr. George A. Cruise were the only two candidates out of the five nominees, who answered the above questions satisfactorily. Both Brother Anderson and Mr. Cruise answered all questions "yes". They were the only candidates who did so. The above questions are taken from the Orange platform adopted by the Grand Lodge of Saskatchewan in 1910. For years we have unequivocally announced our allegiance to a non-sectarian Public School system, and one language in our schools. We have now an opportunity to use our franchise in support of these principles. Considering the answers received to this questionnaire from the various candidates we recommend that you cast your vote on June 2nd for Brother Anderson and Mr. George A. Cruise. They have announced themselves definitely for one school and one language. Members of the Orange Association in this constituency should not hesitate to fearlessly support them on these questions. Strike a blow against separatism by voting for Anderson and Cruise on Tuesday, June 2nd.

The communication was signed on behalf of the local lodges by: H. Drummond, W. P., R. B. P., No. 777; J. Ferguson, W.M., L. O. L., No. 1493; C. Irwin, P. M., L. O. L., No. 1891; M. L. G. Armstrong, R. S., L. O. L., No. 2263; H. Godby, W. M., L. O. L., No. 2804.

Since then the election has taken place and Bro. Dr. Anderson, one of the candidates who answered satisfactorily, has been elected.

Das Vorhergehende ist eine genaue Kopie der Notiz, die sich in "The Sentinel and Orange and Protestant Advocate" vom 9. Juni findet. Sogar die grammatikalischen Fehler liegen mir hier, die sich darin finden, obwohl die Notiz nur dem Zweck ausbleibt, die ein Monopol auf die englische Sprache zu haben glau-

ben. Hier folgt eine möglichst wortgetreue Uebersetzung:

Die Wahl in Saskatoon.

Bruder Dr. J. T. M. Anderson, der für Eine Schule emittiert, erwählt.

Der folgende Fragebogen wurde allen und jedem der fünf Kandidaten unterbreitet, welche die Unterstützung der Wählerchaft in der Stadt Saskatoon bei der Provinzialwahl am 2. Juni suchten:

1. Glauben Sie an ein nicht sektiererisches öffentliches Schulsystem in der Provinz Saskatchewan, welches das einzige Schulsystem sein soll, das Unterstützung aus öffentlichen Geldern erhalten soll?

2. Glauben Sie, daß die englische Sprache die einzige offizielle Sprache in der Provinz Saskatchewan und das Lehren der englischen Sprache in all ihren Schulen eine erzwingbare Pflicht sein soll?

3. Wenn Sie als ein Mitglied der Legislatur der Provinz Saskatchewan erwählt werden, werden Sie in derselben Ihre Unterstützung und Ihren Einfluß der Förderung dieser Ziele leihen?

Der Fragebogen wurde im Namen der lokalen Orange-Lodges von der Wahl an die Kandidaten geschickt, mit folgendem Resultat, das unter dem Datum des 29. Mai den Lodges L.O.L. und L.O.E.A. mitgeteilt wurde:

Bruder Dr. J. T. M. Anderson und Mr. George A. Cruise waren die einzigen zwei Kandidaten, welche obige Fragen in zufriedenstellender Weise beantworteten. Sowohl Bruder Anderson als Mr. Cruise beantworteten alle Fragen mit "Ja". Sie waren die einzigen Kandidaten, die so taten. Obige Fragen sind dem Orange Programm entnommen, welches von der Grand Lodge of Saskatchewan in 1910 angenommen wurde. Jahrelang haben wir in unabweichender Weise unsere Anhängerschaft in ein nicht sektiererisches öffentliches Schulsystem und an Eine Sprache in unseren Schulen verpflichtet. Jetzt haben wir die Gelegenheit, unser Wahlrecht zur Förderung dieser Prinzipien auszuüben. In Anbetracht der Antworten, die von den verschiedenen Kandidaten auf diese Fragen eingingen, empfehlen wir, daß Sie am 2. Juni Ihre Stimme für Bruder Anderson und Mr. George A. Cruise abgeben. Diese beiden sind definitiv für Eine Schule und Eine Sprache erklärt. Mitglieder der Orange Association in dieser Wahlbezirk sollten kein Bedenken tragen, sie in diesen Fragen mutig zu unterstützen. Führen Sie einen Schlag gegen den Separatismus (d. h. gegen die Separatistenschulen), indem Sie am Dienstag, dem 2. Juni, für Anderson und Cruise stimmen.

Die Mitteilung war im Namen der lokalen Lodges geschickt von: H. Drummond, W. P., R. B. P., No. 777; J. Ferguson, W.M., L. O. L., No. 1493; C. Irwin, P.M., L. O. L., No. 1891; M. L. G. Armstrong, R.S., L.O.L., No. 2263; H. Godby, W.M., L.O.L., No. 2804.

Seitdem hat die Wahl stattgefunden und Bruder Dr. Anderson, einer der Kandidaten, die in zufriedenstellender Weise geantwortet haben, erwählt worden.

Der "Sentinel", das Hauptblatt der Orangemänner in Canada, das auch gerne im Namen aller Pro-

stanten von Canada, d. h. aller, die nicht katholisch oder jüdisch sind, sprechen möchte, stellt in seinem Titelblatte das Motto auf: "Equal rights to all, special privileges to none". Welche Rechte für alle, besondere Privilegien für niemand. Das ist ein gutes Motto und sollte vor allem in einem demokratischen Staatswesen allgemeine Geltung haben. Aber Demagoogen muß man sich in Auge behalten, besonders wenn sie mit schönen und selbstverständlichen Phrasen um sich werfen. Eben weil solche Grundzüge so einfach sind, daß sie auch dem ganz Ungebildeten einleuchten, werden sie so gerne als Stroh benutzt, um die Massen einzuloggen.

Es hängt alles von der Anwendung der Grundzüge ab. Das zeigt der "Sentinel", ebenfalls auf dem Titelblatte, wo wir lesen: "One School" — Eine Schule. Das Blatt lehnt ohne einen Schatten von Beweis etwas voraus, daß der Staat das Recht hat, auch das einzige Recht hat, Schulen zu errichten, zum Unterhalte derselben alle Bürger zu beuern und alle Kinder hinein zu bringen. Ingleich soll es einzig dem Staate zustehen, das ganze Lehrsystem zu bestimmen. Mit einem Worte, in der Schule soll der Staat souverän sein und keinen Nebenbuhler dulden dürfen. Auch nur die geringste Rücksicht gegen eine bestimmte Klasse von Bürgern, wodurch der absolute Zentralismus des Staates in der Schule irgendeine Anwendung gäbe, wäre ein besonderes Privileg, das der Staat zu geben nicht einmal das Recht hätte. Denn "special privileges to none" — die Gewährung besonderer Privilegien für einige benachteiligt die anderen und verletzt ihre Rechte. Kein Wunder also, wenn der Orangemann, dieser ideale Patriot und geborene Verteidiger der Rechte des Staates, außer der öffentlichen Schule alle anderen Schulen, mögen sie an sich auch noch so vortrefflich sein, in Grund und Boden hinein verdammt.

Wie gesagt, lehnt der Sentinel und diejenigen, welche mit ihm übereinstimmen, etwas voraus, daß der Staat das einzige Anrecht auf die Schule hat. Zu Billigkeit jedoch hat der Staat, obgleich er sich in der modernen Welt überall zu ganzem Recht über die Schule anmaßt, hat das allerhöchste Anrecht auf die Schule. Das einzige wirkliche Anrecht auf die Schule haben diejenigen, welche Gott, der erste Anfang und das letzte Ziel aller Religion, der Schöpfer und Herr aller Dinge, die Pflicht und somit das Recht der Vätererziehung gegeben hat — und das sind die Eltern. Das ist Naturrecht und Naturpflicht. In der Ausübung dieses Rechtes und dieser Pflicht können aber die Eltern nicht nach Billigkeit verfahren, sie sind für eine gewissenhafte Erfüllung dieser Pflicht Gott verantwortlich. Sie müssen ihre Kinder zu erziehen, daß sie eines Tages anständige Mitglieder der menschlichen Gesellschaft werden, andererseits ihre eigene Bestimmung erreichen. Somit die Eltern in der Erziehung ihrer Kinder und die Kinder unter der Leitung ihrer Eltern über dem ersten Zweck, dem irdischen Wohlleben, den anderen, die ewige Bestimmung, welche niemand mäkelt, nicht verfehlen. Hat Gott beiden höhere Führer gegeben in denen, zu welchen es lautet: "Bete hin und lehret alle". (Fortsetzung auf Seite 4.)